

Sitzungsniederschrift

14. Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7 -13, 26603 Aurich, Sitzungssaal 1.106		
Sitzungsdatum: 21.10.2019	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:40 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Odens, Roelf	CDU	
Mitglieder		
Akkermann, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Alfred Meyer
Altmann, Gila	GRÜNE	
Bargmann, Bodo	CDU	
Busker, Hinrich	SPD	
Harms, Erich	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Looden, Jan-Adolf	AfD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Pickel, Sascha	SPD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Tjaden, Hinrich	CDU	Vertretung für Herrn Gerhard Rinderhagen
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Wienbeuker, Johann	S.W.K.	
Grundmandat		
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Valentien, Helge		
Verwaltung		

Ahten, Eiko

Buss, Thomas

de Vries, Ingo

Krabbe, Henni

Kramer, Christian

Puchert, Dr. Frank

Nicht anwesend:

Vorsitz

Rinderhagen, Gerhard CDU

Mitglieder

Meyer, Alfred SPD

Beratende Mitglieder

Brötje, Helge

Götz, Reiner

Noosten, Carl

Runge, Rolf

Steven, Michael

Wagner, Erich

Verwaltung

Weber, Harm-Uwe

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

-
1. Eröffnung der Sitzung

 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

 3. Feststellung der Tagesordnung

 4. Einwohnerfragestunde

 5. Darstellung der Aktivitäten der Wirtschaftsförderung durch das Amt 80

 6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.06.2019; Resolu-
tion Klima-Notstand
Vorlage: IX-AF/2019/014
-



7. Antrag der Fraktionen der Freien Wähler und der FDP - Einrichtung einer selbständig arbeitenden Arbeitsgruppe zur Ausrichtung der Region Aurich/ Ostfriesland im Kontext neuer Technologien auf Basis von Stromenergie
Vorlage: IX-AF/2019/010
 8. Antrag der Fraktion SPD - Qualitätsentwicklung und Optimierung des ÖPNV-Angebots
Vorlage: IX-AF/2019/020
 9. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Nahverkehrsplan des Landkreises Aurich - Sachstandsbericht und Fortschreibung
Vorlage: IX-AF/2019/019
 10. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
 11. Einwohnerfragestunde
 12. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 15:01 Uhr die 14. Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass das Gremium beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Auf Wunsch der Verwaltung wurde der Tagesordnungspunkt 7, Darstellung der Aktivitäten der Wirtschaftsförderung durch das Amt 80, mit Zustimmung des Gremiums durch **den Vorsitzenden** auf Punkt 5 der Tagesordnung vorverlegt. Die Tagesordnung wurde sodann vom Gremium in geänderter Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Seitens der Einwohner wurden keine Fragen gestellt.



TOP 5 **Darstellung der Aktivitäten der Wirtschaftsförderung durch das Amt 80**

Dipl.-Geogr. de Vries stellte anhand der dem Protokoll als Anlage beigefügten Präsentation die Aktivitäten des Amtes 80 im Bereich des Klimaschutzes vor.

Abg. Altmann bedankte sich für die zusammenfassende Darstellung. Man könne feststellen, dass der Landkreis Aurich zu diesem Thema sehr viel gemacht habe und auch noch macht. Das gelte auch für die Aktivitäten der Unteren Wasserbehörde.

Auf die Frage von **Abg. Altmann**, ob durch den Landkreis Aurich unterdurchschnittlich CO₂ produziert werde, konnte Dipl.-Geogr. de Vries nur auf den Zahlen des Jahres 2015 verweisen. Entsprechende Berichte seien nur bis zu diesem Jahr gefertigt und vorgestellt worden. Mangels Interesse und aus finanziellen Gründen wurde die Berichterstattung in den Folgejahren eingestellt.

Abg. Altmann bat des Weiteren um Auskunft, auf Basis welcher Daten die dargestellten Maßnahmen der Deichsicherheit geplant wurden. Angesichts des exponentiell steigenden Meeresspiegels sei zu bezweifeln, ob die beschriebenen Szenarien der Deichsicherung noch aktuell seien. Bezüglich des Schutzes der Wälder wies **Abg. Altmann** darauf hin, dass das Raumordnungsprogramm über den Waldschutz hinaus auch die Waldentwicklung einfordere. Hierzu bat sie um erklärende Aussage.

Dipl.-Geogr. de Vries stellte dar, dass für Kompensationsleistungen für den Eingriff in Waldflächen ein Wert von 1:2 angesetzt wurde. Dies gehe auf die Annahme zurück, dass neu angelegter Wald mit einem gewachsenen Wald nicht vergleichbar sei. Die Deichsicherung sei mit den zuständigen Verbänden bis zum Jahr 2050 kalkuliert worden. Dabei seien in einschätzbaren Zeiträumen eintretende Ereignisse eingeplant worden.

Abg. Strömer wies darauf hin, dass er in seinem dem Tagesordnungspunkt zugrundeliegenden Antrag alle Aufgaben und aktuelle Projekte des Amtes 80 dargestellt sehen wollte. Insbesondere habe er konkret die Wirtschaftsförderung im Sinne der Unternehmensförderung im Blick gehabt.

Dipl.-Geogr. de Vries entgegnete, dass das Fachamt generelle Wirtschaftsförderung betreibe, diese jedoch nicht auf das Thema Klimaschutz gemünzt sei. In diesem Kontext gebe es bislang keine konkreten Programme. Die KMU-Förderung sei in diesem Jahr erstmals vollumfänglich ausgeschöpft worden.

Unter Verweis auf die Planungsschwerpunkte in den Niederlanden bat **Abg. Warmulla** um Erläuterung, aus welchem Grund im Raumordnungsprogramm keine Überschwemmungs- bzw. Überflutungsgebiete fokussiert wurden.

Dipl.-Geogr. de Vries erklärte, dass bei der Aufstellung unterschiedliche Szenarien thematisiert wurden. Hierzu gehörte u. a. die Frage zur Notwendigkeit einer zweiten Deichlinie. Grundsätzlich war vor allem eine Konkurrenz zwischen dem Küstenschutz und der wirtschaftlichen Nutzung festzustellen. Da aus der Szenariendiskussion keine belastbaren Aussagen hergeleitet werden konnten, hätten keine konkreten Maßnahmen in den Raumordnungsprogramm übernommen werden können.

TOP 6 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.06.2019;**
Resolution Klima-Notstand
Vorlage: IX-AF/2019/014

Mit Blick auf die aus ihrer Sicht dringend zu bearbeitenden Probleme des Klimaschutzes zeigte sich **Abg. Altmann** hinsichtlich der zeitlichen Verzögerung zur Beratung des gegenständlichen Antrages aus dem Monat Juni 2019 enttäuscht. Mit Blick auf den vorhergehenden Vortrag sei der Landkreis Aurich mehr als Opfer, denn als Täter zu sehen. Dies insbesondere wegen der zu erwartenden Erhöhung der Meeresspiegel. Mit Blick auf die vorliegenden Änderungsanträge schlug sie vor, aus den drei Anträgen bis zur nächsten Kreistagsitzung einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten.

Abg. Busker teilte mit, dass die SPD-Fraktion die Bildung eines Ausschusses beantragen werde, der u. a. die Thematik des Klimaschutzes fokussieren solle. Das Thema sei von großer Wichtigkeit, man könne jedoch nicht alle Punkte im gegenständlichen Antrag unterstützen. Das gelte aber auf jeden Fall nicht für den Antrag der AfD-Fraktion. Er schlug vor, bis zur Bildung eines entsprechenden Ausschusses, einen gemeinsamen Antrag im Rahmen eines Adhoc-Arbeitskreises zu erarbeiten.

Abg. Bargmann stellte fest, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion noch über den ursprünglichen Antrag hinausgehe. Die Diskussion sei deshalb für ihn nicht nachvollziehbar. Im Zug der näheren Erläuterung des Änderungsantrages machte er deutlich, dass man mit dem Grundantrag konform gehe. Allerdings sollte nicht in einem „Hau-Ruck-Verfahren“ der Notstand ausgerufen werden. Es stehe zu befürchten, dass der Begriff des Notstandes in der Bevölkerung Panik verursache.

Abg. Strömer machte in weiterer Erläuterung seines Änderungsantrages deutlich, dass die Fraktion der Freien Wähler den Antrag der Fraktion der GRÜNEN akzeptiere. Er sehe jedoch, analog zur CDU-Fraktion, den Notstands begriff kritisch und plädierte, die Klimaschutzziele des Landkreises Aurich ruhig, sachlich und vor allem partizipatorisch mit den Vereinen, Verbänden, Landwirten etc. auszuarbeiten. Im Gegensatz zu einer globalen Ausrufung eines Notstandes sehe er die Klimaschutzdebatte wesentlich konkreter zu fassen.

Aus Sicht von **Abg. Warmulla** habe sich die CDU-Fraktion des Themas vor allem wegen der öffentlichkeitswirksamen Aktionen von Greta Thunberg angenommen. Die Debatte zum Klimawandel sei demgegenüber schon sehr lang und langanhaltend geführt worden. Er sehe alle Anträge als einen Beitrag, sich konstruktiv mit der Materie auseinanderzusetzen. Dies hätte jedoch im Vorfeld gemeinsam und wesentlich eher geschehen müssen. Der Klimawandel kenne im Übrigen keine Staatsgrenzen. Der Notstands begriff sei somit abstrakter zu bewerten. Mit Blick auf den Antrag der AfD-Fraktion bestritt **Abg. Warmulla**, dass es sich beim Klimawandel um ein intergalaktisches Phänomen handele. Die Probleme seien vielmehr durch den Menschen verursacht. Gegenteilige Aussagen als Populismus anzusehen.

Abg. Altmann brachte ihren Unmut hinsichtlich des Antrages der CDU-Fraktion und der Aussagen von **Abg. Bargmann** zum Ausdruck. Die Aussagen des Änderungsantrages seien zu abstrakt. Man dürfe den Menschen nicht suggerieren, dass sich die Umstände wieder von selber ändern würden. Vielmehr müsse sich jeder in seinem Verhalten ändern. Hierzu bedürfe es schon jetzt konkrete Maßnahmen und keine Abwägung dahingehend, welche Maßnahmen irgendwann ergriffen werden könnten.

Dipl-Geogr. de Vries wies darauf hin, dass ein Klimaschutzkonzept nicht zu direkten Maßnahmen führe, sondern vorwiegend dem Monitoring diene. Den Aussagen könne er entnehmen, dass eher ein Aktionskonzept gewollt sei. Dies sei aber nicht Gegenstand eines Klimaschutzkonzeptes. Er schlug vor, ein Konzept der Aktionen zu erstellen um auszuloten, welche klimazuträglichen Maßnahmen umgesetzt werden könnten.

Abg. Altmann machte deutlich, dass der Begriff des Notstandes ihrer Meinung nach die aktuelle Situation idealtypisch wiedergebe. Eine zügige Umsetzung von klimafreundlichen Maßnahmen sei unter dem Aspekt der Zeit unabdingbar. Die Aspekte des Antrages der Fraktion der Freien Wähler seien in einem Klimaschutzkonzept zu verankern. Darüber hinaus sei man jedoch gefordert, nicht zu erklären und zu evaluieren, sondern konkrete Maßnahmen zu planen und umzusetzen.

Abg. Pickel sah im Klimaschutz einen wichtigen und zentralen Aspekt. Er halte es für einen sehr vernünftigen Vorschlag, aus den vorliegenden Anträgen, die auch noch um einen Antrag der SPD-Fraktion ergänzt würden, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Man sollte zudem gemeinsam diskutieren, eine Art Ausschuss oder Unterausschuss zu bilden, der sich aufgrund der zentralen Bedeutung mit dem Klimaschutz beschäftige. Er frage sich ob es zuträglich sei, an dieser Stelle weiter zu diskutieren oder im Hinblick auf ein gemeinsames Ergebnis das weitere Vorgehen zu besprechen.

Der Vorsitzende sah in dem Vorschlag die richtige Richtung und bewertete es positiv, die vorliegenden Anträge zu einem einheitlichen Antrag für den Kreistag zusammenzufassen.

Unter Verweis auf die Erkenntnisse der NASA stellte **Abg. Looden** die Erderwärmung in den Zusammenhang mit einer Phase der erhöhten Sonnenaktivität. Derartige Phänomene seien bereits in der Vergangenheit zu beobachten gewesen. Eine Zunahme der CO₂-Emissionen sei zudem in der Abkehr von der Kernkraft und deren Ersetzung durch Kohlekraftwerke verursacht worden. Letztendlich sei der Klimawandel zudem als Bundessache zu sehen.

Abg. Bargmann wies darauf hin, dass die Haltung der AfD-Fraktion schon innerhalb der dem Antrag zu Erläuterung beigefügten Anlagen widersprochen werde. Alles in allem könne er über die Schlussfolgerungen und Aussagen nur den Kopf schütteln.

Abg. Meyholz stellte fest, dass gegenständliche Zielsetzung gleich sei, diese jedoch jeweils unterschiedlich zum Ausdruck gebracht würden. Aus diesem Grunde solle man die Diskussion an dieser Stelle beenden und Leute benennen, die einen gemeinsamen Antrag erarbeiten. In diesem Zusammenhang sei er jedoch nicht für einen weiteren Ausschuss, sondern für die Bildung eines Arbeitskreises.

Abg. Warmulla unterstützte die Forderung der SPD-Fraktion, einen Umweltausschuss einzurichten. Unabhängig davon müsse der Antrag der Grünen schnellstmöglichst in einem kleinen Kreis zu einem gemeinsamen Antrag für die nächste Kreistagsitzung weiterentwickelt werden. Ein entsprechender Arbeitskreis sollte an dieser Stelle festgelegt werden.

Abg. Altmann stimmte zu, wollte aber ihren Antrag als Grundlage für die Diskussion der Änderungsanträge gesetzt wissen. Sie stehe nicht für „Greenwashing“ zur Verfügung. Aus diesem Grunde müssten konkrete Ziele formuliert werden.



Aus Sicht **des Vorsitzenden** könne man zu diesem Zeitpunkt dem Arbeitskreis das Ergebnis nicht vorgeben. Er schlug vor, dass jede Fraktion zwei Personen benenne mit dem Ziel, aus den vorliegenden Anträgen einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

Abg. Pickel sah den Zeitraum bis zur nächsten Kreistagssitzung am 30.10.2019 für zu knapp bemessen und schlug vor, den gemeinsamen Antrag bis zur Kreistagssitzung am 19.12.2019 zu erarbeiten. **Abg. Altmann** zeigte sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Der Vorsitzende stellte sodann den Vorschlag von **Abg. Pickel** zur Abstimmung, bis zur Kreistagssitzung am 19.12.2019 in einem gemeinsamen Arbeitskreis einen gemeinsamen Antrag zum Thema Klimanotstand zu formulieren und hierfür aus jeder Fraktion der Verwaltung jeweils zwei Teilnehmer zu melden.

Der Vorschlag wurde vom Gremium einstimmig angenommen.

TOP 7 **Antrag der Fraktionen der Freien Wähler und der FDP - Einrichtung einer selbständig arbeitenden Arbeitsgruppe zur Ausrichtung der Region Aurich/ Ostfriesland im Kontext neuer Technologien auf Basis von Stromenergie**
Vorlage: IX-AF/2019/010

Abg. Strömer erläutert die Eckpunkte des von ihm eingereichten Antrages.

Dipl.-Geogr. de Vries sah in den vom Autobauer VW geplanten Maßnahmen zur Elektromobilität einen unmittelbaren Bezug zur Klimaschutzdiskussion. Aus diesem Grund schlug er vor, das Thema der zum vorigen Tagesordnungspunkt gebildeten Arbeitsgruppe zu überantworten.

Abg. Altmann bewertete den Antrag kritisch bis ablehnend. Der Antrag Ziele sehr stark auf die Fertigung von Elektrofahrzeugen und das VW-Werk ab. Sie schlug vor, den Antrag nicht nur konkret auf das VW-Werk zu projizieren und die bestehenden Strukturen des Landkreises Aurich zu nutzen. In diesem Zusammenhang regte sie an, das Thema unter dem Dach des Telematikzentrums zu bearbeiten.

Da er den Klimaschutzarbeitskreis als temporäres Konstrukt sehe, wollte **Abg. Bargmann** das gegenständliche Thema dort gerade nicht verortet sehen. Seiner Meinung nach solle das Thema direkt im Kreientwicklungsausschuss behandelt werden.

Die **Abg. Looden, Busker** und **Strömer** schlossen sich dem Vorschlag von **Abg. Bargmann** an. Dieser formulierte daraufhin folgenden Änderungsantrag, der **vom Vorsitzenden** sodann zur Abstimmung gestellt wurde:

Die Ausrichtung der Region Aurich / Ostfriesland im Kontext neuer Technologien auf Basis von Stromenergie wird unmittelbar im Ausschuss für Kreientwicklung erarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **in geänderter Form angenommen**



TOP 8 **Antrag der Fraktion SPD - Qualitätsentwicklung und Optimierung des ÖPNV-Angebots**
Vorlage: IX-AF/2019/020

Abg. Busker stellte zunächst den Antrag der SPD-Fraktion vor. Gleichzeitig wies er auf die am Vormittag den Abgeordneten zugegangenen Einladung für eine ganztägige Informationsveranstaltung zum Thema ÖPNV hin und vertrat die Ansicht, dass der Themenbereich zielgerichtet erst nach dieser Veranstaltung vertieft diskutiert werden sollte.

Aufgrund dessen zog **Abg. Busker** den Antrag der SPD zur Qualitätsentwicklung und Optimierung des ÖPNV-Angebotes zurück und stellte in Aussicht, diesen evtl. im Januar 2020 erneut einzureichen.

Unabhängig davon unterstrich **Abg. Busker**, dass seiner Fraktion die Bezahlung der Busfahrer Sorge bereite. Er richte an die Tarifvertragsparteien den Apell, die Tarife der Busfahrer adäquat anzuheben. Dies vor allem auch deshalb, weil durch eine höhere Bezahlung ein Anreiz für junge Leute geschaffen werden könnte, den Beruf des Busfahrers zu ergreifen.

TOP 9 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Nahverkehrsplan des Landkreises Aurich - Sachstandsbericht und Fortschreibung**
Vorlage: IX-AF/2019/019

Mit Blick auf die für den 28.11.2019 geplante Informationsveranstaltung konnte sich **Abg. Warmulla** mit der Rücknahme des Antrages der SPD-Fraktion anfreunden. Der Themenbereich sei sehr komplex und fürchterlich kompliziert. Ein gemeinsamer fachlicher Austausch sei daher unabdingbar. Er vertrat jedoch die Auffassung, dass die Informationsveranstaltung öffentlich stattfinden sollte. Die Bevölkerung sei an dem Thema sehr interessiert und könne gleichzeitig auch sehr viele Innovationen generieren. Mit dem von der SPD-Fraktion eingebrachten Vorschlag, die Bezahlung der Busfahrer analog zur Entwicklung in der KVHS Norden stufenweise anzuheben, sei er nicht einverstanden. Seiner Meinung nach müssten Busfahrer schnellstmöglich einen höheren Tarif erhalten.

Abg. Warmulla stellte seinen Antrag „Nahverkehrsplan des Landkreises Aurich – Sachstandsbericht und Fortschreibung“ bis auf weiteres zurück.

Der Vorsitzende sah aufgrund dessen keine Grundlage, zum Themenkomplex ÖPNV in dieser Ausschusssitzung weiter zu diskutieren. **Abg. Meyerholz** stimmte ihm zu.

Abg. Altmann stimmte ebenfalls zu, wies aber darauf hin, dass Diskussionen über Tarifsachen in einem geschützten Rahmen stattfinden müssten. Die öffentliche Diskussion solle daher erst im Anschluss an die Informationsveranstaltung geführt werden.

Abg. Pickel befand, dass man in die laufenden Tarifverhandlungen nicht eingreifen könne. Man könne gegenwärtig nur an die Tarifvertragsparteien appellieren, dem gemeinsamen Wunsch nach einer besseren Entlohnung im Rahmen der Tarifrunde Rechnung zu tragen.



Abg. Tjaden pflichtete dem bei und machte deutlich, dass die Bezahlung schon mit Blick auf die Rahmenbedingungen differenziert zu sehen sei. Es sollte daher zunächst ein Diskurs im nicht öffentlichen Rahmen geführt werden.

Abg. Warmulla unterstrich, dass der geplante Workshop vor allem die Organisation des ÖPNV im Landkreis Aurich zum Inhalt habe. Die Diskussion über eine gerechtere Bezahlung sei im Grunde nicht Gegenstand der Veranstaltung. Für ihn sei es daher nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund die Öffentlichkeit an der Veranstaltung nicht teilnehmen solle. Er regte an, ggf. einen zweiten Workshop unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen.

Dipl.-Geogr. de Vries wies darauf hin, dass sich vor einiger Zeit regelmäßig ein sog. ÖPNV-Stammtisch der Verkehrsunternehmen öffentlichen getroffen habe. Aus der Bevölkerung habe hieran jedoch niemand teilgenommen.

TOP 10 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Dipl.-Geogr. de Vries berichtete, dass seitens des **Abg. Constant** zur Sitzung zwei Anträge eingereicht wurden. Diese hätten die Bildung eines Umweltausschusses und die Bereisung einer Bohrschlammgrube zum Inhalt.

Da die Anträge zu spät eingegangen sind, wurden diese verlesen und zur Kenntnisnahme dem Protokoll als Anlage beigelegt.

TOP 11 Einwohnerfragestunde

Seitens der Einwohner wurden keine Fragen gestellt.

TOP 12 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schloss um 16:40 Uhr die 14. Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung.

gez. Odens
Vorsitzender

gez. Buss
Protokollführer